

STELLUNGNAHME Steirische Jungbauern zur Biber-Verordnung des Landes Steiermark

EINLEITUNG:

Die Rückkehr des Bibers in die steirische Kulturlandschaft bringt neben ökologischen Effekten zunehmend massive Herausforderungen für die Land- und Forstwirtschaft mit sich. Durch seine Bautätigkeit kommt es regelmäßig zu **Vernässungen landwirtschaftlicher Flächen**, zur **Zerstörung von Drainagen und Entwässerungssystemen**, zu **Ernteaussfällen**, sowie zu **Schäden an Forstkulturen durch Fraß und Unterhöhlung**. Darüber hinaus werden **Wirtschaftswege, Uferbereiche und Infrastruktur** beeinträchtigt, was zusätzliche Kosten und Sicherheitsrisiken verursacht.

Vor diesem Hintergrund wurde von der **Abteilung 13 des Landes Steiermark** unter der politischen Verantwortung von **Landesrat Hannes Amesbauer** eine neue Biber-Verordnung vorgelegt. Aus Sicht der Steirischen Jungbauern bleibt diese jedoch in wesentlichen Punkten hinter den Anforderungen der Praxis zurück.

Gerade für bäuerliche Familienbetriebe stellen die zunehmenden Schäden eine erhebliche wirtschaftliche Belastung dar. Umso wichtiger wäre eine praxistaugliche, rasch wirksame und unbürokratische Regelung – genau daran mangelt es dem vorliegenden Entwurf.

1. Eingeschränkte Anwendungsbereiche – Verordnung greift an der Realität vorbei

Die Verordnung definiert ihren Geltungsbereich in § 1 Abs. 1 wie folgt:

„Die Ausnahme [...] gilt [...] im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit insbesondere im Zusammenhang mit Hochwasserschutzanlagen, Wasserkraftanlagen und versorgungsrelevanter kommunaler Infrastruktur.“

Replik:

Diese Einschränkung ist aus Sicht der Praxis unzureichend. Nutzungskonflikte mit der Land- und Forstwirtschaft – insbesondere die beschriebenen Schäden an Flächen, Kulturen und Infrastruktur – werden nicht berücksichtigt. Die Verordnung sollte sich daher jedenfalls auch auf Z 2 des § 17 Abs. 5 NSchG stützen: „2. zur Verhütung ernster Schäden, insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen, Gewässern und Eigentum;“ und gehört daher begrifflich erweitert.

2. Geltungsbereich (§ 1 Abs. 2) – Massive Einschränkungen durch Gebietsausschlüsse

Die Verordnung schließt große Teile des Landes explizit aus:

„Die Verordnung gilt nicht:

- 1. in Naturschutzgebieten;*
- 2. in den Europaschutzgebieten, in denen der Biber als Schutzgut genannt ist;*
- 3. in den Europaschutzgebieten Nr. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 14, 15, 16, 17, 20, 21, 22, 27, 30, 33, 36, 56;*

4. im Nationalpark Gesäuse.“

Ein konkretes Beispiel ist das Europaschutzgebiet „**Teile des südoststeirischen Hügellandes inklusive Höll- und Grabenlandbäche**“ mit einer Fläche von **15.656 Hektar**, das **größtenteils landwirtschaftlich bewirtschaftet wird**.

Replik:

Gerade in solchen großflächigen und landwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen treten massive Nutzungskonflikte auf. Das sieht man auch ganz klar im Bibermonitoring Steiermark 2024 auf Seite 9 und 10. Die pauschale Herausnahme dieser Flächen bedeutet, dass betroffene Betriebe und Gemeinden trotz erheblicher Schäden keine wirksamen Eingriffsmöglichkeiten haben. Ein Ausschluss der Verordnung in Europaschutzgebieten in denen der Biber nicht explizit als Schutzgut genannt ist, geht daher völlig an der Realität vorbei.

3. Unpraktikable Voraussetzungen für Eingriffe in den § 3 und 4

§ 4 Abs. 1:

„[...] sofern durch einen Amtssachverständigen [...] festgestellt wird, dass geeignete Präventionsmaßnahmen [...] wirkungslos geblieben sind.“

§ 4 Abs. 3:

„[...] hat im Beisein eines Vertreters [...] zu erfolgen.“

§ 3 Abs. 2:

„[...] nach einem Beratungsgespräch [...]“

Replik:

Die Kombination aus Beratung, Begleitung und Sachverständigenfeststellung führt dazu, dass Eingriffe in der Praxis für die Landwirtschaft und die Gemeinden kaum rechtzeitig umgesetzt werden können, da die Präventionsmaßnahmen bereits sehr viel Zeit und Ressourcen in Anspruch nehmen werden.

4. Übermäßiger Personal- und Kostenaufwand bei geringer Wirkung

§ 5 Abs. 1:

„[...] sofern [...] sowohl geeignete Präventionsmaßnahmen [...] als auch geeignete Eingriffe [...] wirkungslos geblieben sind.“

Replik:

Die mehrstufigen Voraussetzungen verzögern Eingriffe zusätzlich und verursachen hohe Kosten. Gerade bei akuten Schäden ist diese Vorgehensweise nicht praktikabel. Die Umsetzung der aktuellen Verordnung verursacht laut Schätzung des Landes rund

863.000

Euro

Diese Mittel fließen überwiegend in Bürokratie (§ 7 Meldepflichten, Kontrollen, Monitoring), während die betroffenen Betriebe und Gemeinden weiterhin mit den Schäden alleine gelassen werden.

5. Fehlende Ausnahmen außerhalb der Geltungszeiten

Im Vergleich mit der praxistauglichen Verordnung in Kärnten (§ 4 Abs. 4):

„Bei Gefahr im Verzug (§ 3 Abs. 4) ist das Fangen mittels Lebendfallen und Töten von Bibern auch im Zeitraum von 1. April bis 31. August, nach Beurteilung eines/einer Sachverständigen für Wildbiologie des Amtes der Kärntner Landesregierung, zulässig.“

Dort sind Eingriffe auch außerhalb möglich, wenn erhebliche Schäden drohen oder bereits eingetreten sind, keine andere Lösung besteht und rasches Handeln notwendig ist.

Die steirische Verordnung sieht keine Ausnahmen außerhalb der definierten Zeiträume vor.

Replik:

Diese Flexibilität fehlt in der Steiermark vollständig und verschärft die Situation für betroffene Betriebe und Gemeinden zusätzlich.

Daher fordern wir als Steirische Jungbauern, dass:

- die land- und forstwirtschaftlichen, teichwirtschaftlichen, fischereiwirtschaftlichen und kommunalwirtschaftlichen Schäden durch den Biber endlich als zentraler Anwendungsfall in der Verordnung anerkannt und entsprechend berücksichtigt werden.
- der Geltungsbereich der Verordnung so erweitert wird, dass auch tatsächlich betroffene Regionen – insbesondere landwirtschaftlich intensiv genutzte Gebiete – in die Regelung einbezogen werden und nicht pauschal ausgeschlossen bleiben.
- die bestehenden Verfahren deutlich vereinfacht werden, sodass Eingriffe ohne mehrfache verpflichtende Einbindung von Sachverständigen rasch und eigenverantwortlich durchgeführt werden können zumal ohnehin eine Meldepflicht und ein starkes Monitoring vorgesehen sind.
- die bürokratischen Hürden und die damit verbundenen Kosten spürbar reduziert werden und die veranschlagten rund 863.000 Euro bis 2031 kritisch hinterfragt sowie verstärkt in wirksame Maßnahmen zur Schadensvermeidung und -behebung anstatt in Personalkosten investiert werden.

- Ausnahmeregelungen außerhalb der festgelegten Zeiträume nach dem Vorbild des Bundeslands Kärnten geschaffen werden, um in akuten Schadensfällen rasch handeln zu können.
 - die Verordnung insgesamt stärker an der land- und forstwirtschaftlichen Praxis ausgerichtet wird und tatsächliche Lösungen für betroffene Betriebe und Gemeinden bietet.
-